

**Beschluss
des Landesvorstandes
der FDP Baden-Württemberg
am 13. März 2010
in Stuttgart**

**Leistungsfreundlich, gerecht und solidarisch -
für einen neuen Bund-Länder-Finanzausgleich**

Die Bund-Länder-Finanzausgleichssysteme sind jetzt vorbehaltlos auf den Prüfstand zu stellen. Der verbliebene Zeitraum bis 2019 muss unverzüglich dazu genutzt werden, ein leistungsfreundliches, gerechtes und dennoch solidarisches Finanzausgleichssystem zu schaffen. Dabei muss die Wirtschaftskraft als maßgebendes Verteilungskriterium herangezogen werden, um einen gesunden föderalen Wettbewerb zwischen den Ländern zu befördern. Das derzeitige System wirkt für Geber- wie für Nehmerländer leistungshemmend und demotivierend. Leistungsgerechtigkeit und Solidarität gehören für uns zusammen. Dass sich Leistung wieder lohnen muss, gilt auch für das Finanzausgleichssystem. Wenn dies die Ländergesamtheit nicht erreichen kann, muss über die fehlende Leistungsgerechtigkeit erneut das Bundesverfassungsgericht entscheiden.

Begründung:

Die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs ist dringend geboten. Der Solidarpakt II, der bis 2019 fortgeführt wird, sowie die Konsolidierungsschritte von Bund und Ländern, die im Rahmen der Föderalismusreform II beschlossen wurden, gebieten jetzt den Beginn einer Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems. Bei dieser Reform ist eine Rückbesinnung auf die ursprüngliche Funktion des Finanzausgleichs als Spitzenausgleich vorzunehmen und den Geboten der Leistungsgerechtigkeit und der Solidarität Rechnung zu tragen. Diese gehören zu den Kernelementen der gesellschaftlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Echte bundesstaatliche Solidarität kann es aber nur dann geben, wenn auch die Leistungsgerechtigkeit in ausreichendem Maße beachtet wird.

Die heutigen Finanzausgleichssysteme wirken leistungsfeindlich und stehen Leistungsgerechtigkeit und echter Solidarität entgegen. Unter dem heutigen Finanzausgleichssystem werden sowohl die Geber- als auch die Nehmerländer für ihre Bemühungen um Konsolidierung der Haushalte, Pflege der Steuerquellen und eine Steigerung der Wirtschaftskraft bestraft. Das System ist damit anreizfeindlich und in dieser Form einzigartig

im negativen Sinne. Empirische Erhebungen haben gezeigt, dass ohne den Bund-Länder-Finanzausgleich das BIP durchschnittlich jährlich 1,0 % höher wäre als unter dem heutigen Finanzausgleichssystem. Günstigere Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen wirken sich nur in geringem Umfang aus, zusätzliche Steuereinnahmen werden durch den Finanzausgleich weitgehend abgeschöpft. So fließen von einem Euro zusätzlicher Steuereinnahmen bis zu 90 Cent wieder in den Finanzausgleich und es verbleiben z.B. dem Saarland von einer Million Euro Steuermehreinnahmen nach dem Zugreifen des Finanzausgleichs gerade einmal 19.000 Euro.

Das Prinzip, dass sich Leistung wieder lohnen muss, muss auch im bundesstaatlichen Finanzausgleich Geltung erhalten! Der Finanzausgleich in seiner heutigen Form ist zu komplex und intransparent. Er setzt Fehlanreize und ist in seiner Gesamtwirkung wachstumsfeindlich. Der bestehende Finanzausgleich führt unmittelbar dazu, dass sich Leistung nicht mehr lohnt!